

Eidgenössisches Departement für Umwelt,  
Verkehr, Energie und Kommunikation  
3003 Bern

Bern, 27. Februar 2017  
Umwelt Herbst 2017 / MM

**Verordnungspaket Umwelt Herbst 2017**  
**Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen**

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

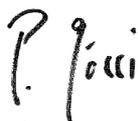
FDP.Die Liberalen hat sich im Rahmen der parlamentarischen Beratung für die Ratifizierung des Minamata-Übereinkommens ausgesprochen und einstimmig zugestimmt. Das Abkommen umfasst unter anderem Vorschriften zu Quecksilber, Quecksilberverbindungen und quecksilberhaltigen Produkten, die ab 2020 verboten oder nur noch mit Einschränkungen gehandelt bzw. verwendet werden dürfen, so z.B. Batterien, Fieberthermometer oder elektrische Schalter und Relais. Die nun vorliegende Umsetzung des Abkommens in der Schweiz über die Änderung der Chemikalien-Risikoreduktions-Verordnung (ChemRRV) geht jedoch weit über die notwendigen Vorschriften des Abkommens und auch über die europäischen Umsetzungspläne des Abkommens hinaus. Als Folge davon müssten vor allem handelsorientierte Unternehmen in den betroffenen Branchen mit wirtschaftlichen Einbussen rechnen. Diesen „Swiss Finish“ lehnt die FDP ab und beantragt, die definitive Umsetzung des Übereinkommens in der EU abzuwarten. Die Ordnungsrevision muss generell überarbeitet werden und soll sich gezielter an den Vorschriften des Minamata-Übereinkommens orientieren.

Exemplarisch dafür steht das vorgeschlagene Verbot für die Ausfuhr von Dentalamalgam, welches weit über die Vorschriften des Minamata-Übereinkommens hinausgeht. Das Abkommen schreibt nur vor, dass der Einsatz von Dentalamalgam schrittweise zurückgefahren werden soll. Die Schweiz kennt bereits in der heutigen Gesetzgebung ein Verbot für die Verwendung von Dentalamalgam (ChemRRV Ziff. 1.2 Bst. b). Die Herstellung und die Ausfuhr zu verbieten ist nicht notwendig. Dies weil einerseits die inländische Produktion von Dentalamalgam bereits eingestellt wurde und andererseits die Nachfrage aufgrund des internationalen Minamata-Übereinkommens ohnehin zurückgehen wird. Ein staatlicher Eingriff in dieser Form ist darum unsinnig und muss abgewendet werden.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse  
FDP.Die Liberalen  
Die Präsidentin

Der Generalsekretär



Petra Gössi  
Nationalrätin



Samuel Lanz